

## NACHRICHTEN

**Tod eines Einwanderers empört Spanien**

MADRID: Der Tod eines afrikanischen Einwanderers im Polizeigewahrsam hat in Spanien grosse Empörung ausgelöst. Der 32-jährige Antonio Augusto Fonseca aus Guinea-Bissau war im Mai bei einem Besuch seiner Schwester auf der Kanareninsel Lanzarote von der Polizei unter dem Verdacht des Drogenschmuggels festgenommen worden. Am Tag darauf sei er tot gewesen, berichtete die Presse am Mittwoch. Offiziell hiess es damals, der Mann sei gestorben, nachdem die von ihm geschluckten Heroinbeutel in seinem Magen geplatzt seien. Zu diesem Ergebnis kam auch die von den Behörden angeordnete Obduktion. Die Familie stellte an dem Leichnam aber blaue Flecken im Gesicht und an den Armen fest und setzte mit Hilfe einer Anwältin eine neue Autopsie durch. Diese ergab, dass der 32-Jährige durch einen harten Schlag auf den Hals starb. Spuren von Drogen wurden nicht gefunden. Die Angehörigen sind überzeugt, dass brutale Polizeigewalt die tatsächliche Todesursache war. Sie zeigten die Beamten wegen heimtückischen Mordes an und fordern 100 Mio. Peseten (950 000 Franken) Schmerzensgeld. Die Behörden hätten aber bislang nichts unternommen, kritisierten sie.

**Venezuelas Präsident erschreckt die UNO**

NEW YORK: Venezuelas Präsident Hugo Chavez hat die Vereinten Nationen aufgeschreckt: Er sagte der venezolanischen Zeitung «El Nacional», er wolle beim UNO-Gipfel im September eine 30minütige Rede halten. UNO-Sprecher Fred Eckard warnte daraufhin am Dienstag, der Gipfel würde drei Wochen dauern, wenn jeder der 160 Staats- und Regierungschefs eine so lange Rede vorbereite. Eingeplant sind fünf Minuten pro Redner. «Was kann man der Welt in einer Minute sagen», hatte sich Chavez in dem Zeitungsinterview beklagt. Er wolle in seiner Rede für eine «gerechte und gleiche Welt» eintreten, die Begrenzung der Redezeit käme einer «Folter» gleich. Wie die UNO Chavez stoppen könnte, sagte Eckard nicht. «Wenn sich hier Regierungschefs versammeln, können wir bestenfalls höfliche Vorschläge machen, damit wir hier nicht drei Wochen statt drei Tage sitzen.»

**Ex-Schas-Chef muss Haftstrafe antreten**

JERUSALEM: Das Oberste Gericht in Israel hat am Mittwoch die Inhaftierung des wegen Korruption verurteilten früheren Chefs der ultra-orthodoxen Schas-Partei, Arieh Deri, angeordnet. Gerichtspräsident Aharon Barak, der die ursprünglich für 13. August geplante Inhaftnahme zunächst aufgeschoben hatte, kündigte in einer Mitteilung des Gerichtshofes an, eine weitere Verzögerung sei nicht gerechtfertigt. Der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Innenminister muss damit seine Strafe am 3. September antreten. In einem langwierigen Prozess war Deri der Korruption, des Betrugs und des Vertrauensbruchs für schuldig befunden worden. Er soll in den achtziger Jahren öffentliche Mittel in Höhe von umgerechnet rund 225 000 Franken für sich selbst abgezweigt oder als Schmiergelder gezahlt haben. Die Schas ist mit 17 von 120 Abgeordneten im Parlament die drittgrösste Partei des Landes.

**Weitere ETA-Aktivisten gefasst**

VITORIA: Die spanische Polizei geht weiter massiv gegen die Untergrundorganisation ETA vor. Bei Razzien im Baskenland seien zwei weitere Verdächtige gefasst und acht Wohnungen durchsucht worden, teilten die Behörden am Mittwoch in Vitoria mit. Die Festnahmen stünden im Zusammenhang mit der Zerschlagung eines Terrorkommandos der ETA am vergangenen Samstag.

Die Organisation hatte darauf mit einem Bombenanschlag auf zwei Polizisten in einem nordspanischen Bergdorf reagiert. Seit dem Wochenende sind zwölf mutmassliche ETA-Aktivisten festgenommen worden. Die Bemühungen um eine gemeinsame politische Front gegen den ETA-Terror erlitten dagegen einen Rückschlag. Nachdem der Chef der baskischen Regionalregierung, Juan José Ibarretxe, unter dem Eindruck der derzeitigen Gewaltoffensive Allparteien-Gespräche unter Ausschluss der ETA-nahen Herri Batasuna (HB/Volkunion) vorgeschlagen hatte, regt sich in seiner eigenen Partei dagegen nun Widerstand.

# Putins Ansehen hat gelitten

Der russische Staatschef musste «Kursk»-Trauerfeier auf Druck von Familien absagen

WIDJAJEWO: Auf Druck der Hinterbliebenen hat der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch die offizielle Trauerfeier für die 118 tödlich verunglückten Seeleute der «Kursk» abgesagt. Putin übernahm auch die Verantwortung für das Unglück.

In einer Fernsehansprache anlässlich der eintägigen Staatstrauer erklärte Putin am Abend, er fühle sich «schuldig». «Ich empfinde bei dieser Tragödie ein Gefühl der vollen Verantwortung und ein Gefühl der Schuld», sagte der Kreml-Chef wörtlich.

Putin gab auch bekannt, dass Verteidigungsminister Igor Sergejew sowie der Oberkommandierende der russischen Flotte, Admiral Wladimir Kurojedow, wegen des Unglücks um ihre Entlassung gebeten hätten. Dies habe er jedoch abgelehnt.

Mehrere Angehörige hatten mit einem Boykott der Feierlichkeiten gedroht, solange die Opfer aus dem Atom-U-Boot nicht geborgen sind. Bei einem Treffen mit Angehörigen musste sich Putin massive Kritik am Verhalten der russischen Führung nach dem Unglück anhören.

Eineinhalb Wochen nach der Katastrophe wollen sich viele der Angehörigen immer noch nicht mit dem Tod der 118 Männer abfinden. Der halbstaatliche Fernsehsender



Niedergeschlagen warten Angehörige der tödlich verunglückten Seeleute auf neue Nachrichten.

ORT strahlte Bilder aus, auf denen eine Frau Putin anschrie.

Eine Sprecherin der Familienangehörigen forderte die Wiederaufnahme der Rettungsarbeiten, da in einigen Kammern der «Kursk» noch immer Menschen am Leben sein könnten. «Wir sind keine Witwen, ehe wir nicht die Leichen gesehen haben», sagte die Ehefrau eines Besatzungsmitglieds. Vorgeworfen wurde dem Kreml-Chef vor allem, ausländische Hilfe zu spät akzeptiert zu haben. Ein norwegischer Spezialist bezeichnete die Öffnung der Rettungsluke der «Kursk» am Mittwoch denn auch als problemlos. Die gesamte norwegische Aktion in 108 Metern Tiefe auf dem Grund der Barentssee habe einschliesslich Ab- und Aufstieg nur «zwischen sechs und sieben Stunden» gedauert. Das Ansehen Putins bei der russischen Bevölkerung hat nach dem Untergang des Atom-U-Boots «Kursk» generell gelitten. Nach ei-

ner am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des Instituts VTsIOM ist die Zustimmung für den Präsidenten um acht Prozentpunkte auf 65 Prozent zurück gegangen. Viele Familien wollen am Donnerstag nun ohne den Kreml-Chef zur Unglücksstelle fahren und Blumen in die See werfen. Die Nordmeer-Flotte gab bekannt, dass am Donnerstag ein Schiff mit 200 Angehörigen zum Ort der Katastrophe ausläuft.

## Fehlschläge bei Blauhelm-Einsätzen

UNO-Friedenstruppen: Für Sommaruga sind Reformen unerlässlich

NEW YORK: Die UNO-Friedenseinsätze sollen tiefgreifenden Reformen unterzogen werden. Eine Expertengruppe, darunter der ehemalige Schweizer IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga, hat dazu am Mittwoch einen Bericht präsentiert.

Nach schweren Schlägen in Somalia, Bosnien und Herzogowina sowie Ruanda, Angola und Sierra Leone wollen die Vereinten Nationen ihre Blauhelm-Einsätze grundlegend umgestalten.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan appellierte am Mittwoch in New York an alle Mitgliedstaaten, ihn dabei zu unterstützen. Schnelles Handeln sei «absolut entscheidend, um aus den Vereinten Nationen ei-

ne wirklich glaubhafte Streitkraft für den Frieden zu machen», bekräftigte Annan.

Die Reformpläne, die sich auf eine Untersuchung einer internationalen Expertengruppe stützt, sollen von Regierungschefs und Staatsoberhäuptern aus aller Welt auf dem bevorstehenden Millenniumsgipfel vom 6. bis 8. September in New York erörtert werden.

Der Expertenausschuss unter dem früheren algerischen Aussenminister Lakhdar Brahimi war zu dem Schluss gekommen, dass die UNO ohne «tief greifende Veränderungen und wesentlich mehr Mittel» in Zukunft auf ihre friedenserhaltenden Missionen verzichten müssen. Die Ursache der Fehlschlä-

ge des vergangenen Jahrzehnts fand der Brahimi-Ausschuss in vage formulierten Mandaten des Sicherheitsrates sowie in der mangelnden politischen und finanziellen Unterstützung durch die UNO-Mitgliedstaaten.

Die Experten empfehlen, traditionelle Friedenssicherungen wie Überwachung eines Waffenstillstandes oder Truppentrennung sollten innerhalb von 30 Tagen, komplexere Friedenseinsätze innerhalb von 90 Tagen beginnen.

Die Mitgliedsstaaten sollten zusammenarbeiten, um «kohärente, multinationale Truppen in Brigadestärke» aufzubauen, die im Rahmen der obigen Fristen wirksam eingesetzt werden können. Zudem soll-

ten die Länder eine Reserve von 100 zivilen Polizeikräften bilden, die jederzeit abrufbereit sein und Einsätze vorbereiten sollen.

Weiter wird empfohlen, dass der Weltsicherheitsrat in Zukunft erst dann ein Mandat für Blauhelm-Einsätze verabschiedet, wenn dem UNO-Generalsekretär feste Zusagen zu deren finanziellen und personellen Ausstattung vorliegen. Falsch war auch, Friedenstruppen in Kriegsgebieten zu stationieren, in denen es keine Hoffnung auf einen Frieden gab. Cornelio Sommaruga zeigte sich im übrigen «sehr überrascht über das Ausmass der Desorganisation und der Schwierigkeit der Kommunikation innerhalb der UNO.»

## Öffentliche Gelder veruntreut

Korruptionsprozess gegen Suharto soll am 31. August beginnen

JAKARTA: Der frühere indonesische Staatschef Suharto muss sich ab 31. August wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten. Das gab am Mittwoch ein Gerichtssprecher in der Hauptstadt Jakarta bekannt.

Suharto wird vorgeworfen, während seiner 32-jährigen Gewaltherrschaft über 550 Mio. Dollar (gegen 950 Mio. Franken) öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Der 79-Jährige weist alle Vorwürfe gegen ihn und seine Familie zurück.

Der Prozess soll im Landwirtschaftsministerium in einem Auditorium stattfinden, das etwa tausend Menschen fasst. Suhartos Anwälte deuteten an, dass ihr Mandant nicht persönlich vor Gericht erscheinen werde, da er an Gedächtnisschwund leide und Mühe habe zu kommunizieren.

Es handle sich um dauerhafte neurologische Schäden nach einem Herzinfarkt des Ex-Präsidenten im vergangenen Jahr. Die Staatsan-



Indonesiens Ex-Staatschef Suharto muss sich vor Gericht verantworten.

waltschaft hält Suharto dagegen für verhandlungsfähig.

**Bereits begnadigt**

Falls Suharto verurteilt werden sollte, droht ihm lebenslange Haft. Doch bereits vor dem Prozess kündigte der derzeitige Präsident Indonesiens, Abdurrahman Wahid, an, Suharto im Falle einer Verurteilung zu begnadigen. Zunächst müsse sich der einstige Machthaber aber dem Prozess stellen, verlangte Wahid.

Suharto war 1998 entmachtet worden. Grosse Beträge des von ihm veruntreuten Geldes sollen auch über Schweizer Bankkonten geflossen sein. Die neue indonesische Führung ersuchte die Schweiz deshalb im Juni 1999 um Rechtshilfe.

Die Untersuchungen zu den unterschlagenen Geldern machen aber kaum Fortschritte. Das Bundesamt für Polizei (BAP) hat nach wie vor keine Angaben zu den Konten erhalten, die in der Schweiz blockiert werden müssten.

## Kein Sonderermittler

US-Präsidentschaftsbewerber Al Gore bleibt eine Sonderermittlung über eine Wahlkampfspenden-Affäre erspart. Justizministerin Janet Reno habe beschlossen, keinen Sonderermittler gegen den amtierenden Vizepräsidenten einzusetzen. Sie ignorierte damit die Empfehlung des Chefs der Parteifinanzierungs-Abteilung im Justizministerium, Robert Conrad. Reno wollte die Entscheidung nach Angaben der Zeitung vermutlich noch am Mittwoch offiziell bekannt geben. Bei den Vorwürfen geht es vor allem um einen Auftritt Gores in einem kalifornischen Buddhisten-Tempel 1996. Gore hatte immer wieder betont, dass er nicht gewusst habe, dass bei der Veranstaltung unerlaubt Wahlkampfspenden gesammelt wurden. Daneben wird dem Politiker vorgeworfen, damals mit mehr als 40 Anrufen aus dem Weissen Haus bei möglichen Geldspendern gegen Gesetze verstossen zu haben.